

Rede zur Eröffnungsveranstaltung des 19. DGB-Bundeskongresses
Michael Sommer, DGB-Vorsitzender

Meine Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlich willkommen zum 19. Parlament der Arbeit - zum 19. Ordentlichen
Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Mein erster Gruß gilt Euch, liebe Delegierte aus dem acht Mitgliedsgewerkschaften
unseres Bundes.

Ihr werdet in diesen vier Tagen Rechenschaft einfordern, die Führung bestimmen, den
inhaltlichen Kompass ausrichten und unsere Ziele festlegen.

Nicht zuletzt unser entschlossenes Handeln, das abgestimmte Handeln von Betriebsräten
und Gewerkschaften in der Finanzkrise hat eines wieder klar gemacht:

Ohne eine starke, freie, unabhängige, entschlossen handelnde Gewerkschaftsbewegung
kann eine soziale Demokratie nicht existieren, haben arbeitende Menschen keinen
Schutz.

In diesem Sinn wünsche ich uns allen viel Erfolg im Interesse unserer Kolleginnen und
Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen, viel Erfolg bei der Stärkung unserer
gemeinsamen Gewerkschaftsbewegung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

besonders herzlich begrüße ich die Bundeskanzlerin.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,
es ist uns eine Ehre, dass Sie gleich zu uns, zu den Vertreterinnen und Vertretern von
über sechs Millionen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in Deutschland sprechen
werden.

Politik und Wirtschaft, vor allem aber die abhängig Beschäftigten in Deutschland, in
Europa und weltweit mussten nach dem Lehman-Zusammenbruch in einen tiefen Abgrund
aus haltloser Spekulation, unseriöser Wetten und undurchsichtiger Verstrickung blicken.

Hunderte von Milliarden wurden vor anderthalb Jahren in rasender Geschwindigkeit zur
Verfügung gestellt, um den Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern.

Dass die Finanzhaie jetzt zum Dank dafür gegen ganze Staaten wetten, den Euro
gefährden und Länder in den Ruin treiben, ist eine Schande.

Denn wir wissen doch alle: Diejenigen, die heute gegen Griechenland spekulieren,
spekulieren morgen gegen Spanien, Irland, Portugal, Italien und irgendwann auch gegen
uns.

Letztendlich spekulieren sie immer gegen die Schwachen, gegen die sozialen Rechte, gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Deswegen war es wohl notwendig, erneut die Rettungsboote auszusenden und nun den Euro zu retten. Sie werden ja sicher gleich etwas dazu sagen.

Aber erklären Sie uns bitte auch, wie Sie den Angriffskrieg der Hedgefonds dauerhaft den Garaus machen wollen.

Appeasement-Politik - ein wenig die Märkte zu beruhigen - reicht da jedenfalls nicht aus.

Denn neulich titelte eine überregionale Zeitung: „Regierungen schonen Banken“.
Ich frage: Schonen die Banken auch die Regierungen?

Die jüngste Entwicklung beweist: die Antwort ist nein.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die deutschen Gewerkschaften haben außerordentlich verantwortungsbewusst mitgewirkt an der Bewältigung einer Krise, die unseriöse Investmentbanker verursacht haben. Und das gilt auch weiter.

Aber: Bei allem Verantwortungsbewusstsein, unsere Geduld gegenüber Geiz und Gier ist am Ende.

Deshalb mahnen wir heute: Machen Sie diesem Treiben jetzt ein Ende, bevor es zu spät ist.

Sorgen Sie dafür, dass nicht die kleinen Leute allein die Zeche bezahlen müssen.

Setzen Sie sich für eine wirkungsvolle Steuer auf alle Finanztransaktionen ein. Damit sich kurzfristige Spekulationen nicht mehr lohnen und das Wettbüro nicht auch noch kostenlos betrieben werden kann.

Wir haben unsere Erfahrungen gemacht: Mit freiwilligen Selbstverpflichtungen ist es nicht getan. Und auch nicht mit der von Ihnen geplanten Bankenabgabe. Das sind keine vernünftige Alternativen.

Bestenfalls sind sie ein Weichspüler für das schlechte politische Gewissen, aber kein Beitrag zu Gerechtigkeit in der Krise.

Frau Bundeskanzlerin,

wir haben Sie unterstützt auf allen G-20-Gipfeln.

Wir wollen, dass dem Finanzhaien weltweit wirksam bekämpft werden.

Aber von London bis Pittsburgh kenne ich bislang nur Ankündigungen, wirklich passiert ist bislang nichts.

Wir erwarten von Ihnen: Legen Sie den Zockern endlich das Handwerk, selbst wenn Sie mit der FDP eine kleine Schutzmacht der Spekulanten in der Regierung haben. Aber die haben in NRW ja ihr Waterloo erlebt.

Re-Regulieren Sie die Finanzmärkte. In Deutschland, in Europa und erhöhen Sie den Druck, dass auch Kanada oder Großbritannien nicht länger blockieren.

Aber warten Sie bitte nicht, bis auch die Cayman-Inseln zustimmen oder die Wallstreet Ehrenmitglied der Ethik-Kommission wird.

Wir müssen handeln, und zwar jetzt, entschlossen und schnell.
Sorgen wir gemeinsam dafür, dass so etwas nie wieder passieren kann.

Liebe Gäste,
meine Damen und Herren,

wenn führende Repräsentanten aus Staat und Gesellschaft dieser Republik, wenn viele internationale Gäste zu uns kommen, dann ist dies auch ein Beleg für die Wichtigkeit unserer Gewerkschaftsarbeit.

Ich heiße Sie alle herzlich willkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Stellvertretend für die Unternehmen und Arbeitgeber begrüße ich Dr. Dieter Hundt, den Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände.

Wir kennen uns ja lange genug -
und meine Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften kennen die Repräsentanten ihrer Arbeitgeberverbände lange genug, als dass wir uns wechselseitig Honig um den Mund schmieren müssten.

Denn zu hart sind manchmal die Auseinandersetzungen, die wir miteinander führen.

Trotzdem haben wir in den ersten beiden Jahren dieser Krise gemeinsam einen guten Weg zurückgelegt, um die Existenz von Arbeitsplätzen und Betrieben und damit die Zukunft der arbeitenden Menschen und unserer Volkswirtschaft zu sichern.

Das Zusammenwirken von Betriebsräten und Unternehmensleitungen, unsere Zusammenarbeit zum Beispiel bei der Kurzarbeitergeld-Regelung, die Zusammenarbeit der Tarifvertragsparteien hat die Krise abgefedert und hat Ihnen wie uns geholfen.

Ich kann nur raten: Vergessen Sie das nicht. Auch wenn es wieder aufwärts geht.

Kaum gibt es neue Aufträge, werden wieder nur Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter eingestellt, statt ordentliche Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Da werden wieder Betriebsräte verteufelt.

Da werden weiter Hungerlöhne gezahlt.

Da gelten Unternehmen als verseucht, wenn Beschäftigte versuchen, einen Betriebsrat zu wählen.

Das alles ist und bleibt ein Unding.

In der Krise haben Sie gern die Idee der Sozialpartnerschaft bemüht. Folgen Sie Ihren eigenen Appellen auch, wenn es wieder besser wird!

Meine sehr geehrten Damen und Herren aus Unternehmen und Verbänden,

es war gut, dass Sie sich in der Krise praktisch von der Ideologie des Shareholder-Value-Kapitalismus losgelöst und auf sozialen Zusammenhalt statt auf Massenentlassung gesetzt haben.

Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass Sie sich als Vertreter der Realwirtschaft wesentlich stärker von den Protagonisten des Spekulations-Kapitalismus abgegrenzt hätten.

Denn Hedge-Fonds und die Hallodris unter den Bankern bedrohen ja gleichermaßen die Arbeitnehmerschaft und die anständig wirtschaftenden Unternehmen.

Im übrigen: Im vergangenen Jahr haben wir zahlreich 60jährige Jubiläen gefeiert. Auch das des Tarifvertrags-Gesetzes.

Wir, die Tarifpartner, also die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, haben immer wieder bewiesen, dass wir uns unserer gemeinsamen Bedeutung und Verantwortung für die Volkswirtschaft sehr wohl bewusst sind.

Die Tarifautonomie ist für uns unverzichtbar. Sie darf in keiner Weise eingeschränkt oder beschädigt werden.

Wir werden diese Tarifautonomie als Kern unseres Sozialstaates entschlossen verteidigen. Dazu gehört auch die Tarifeinheit in den Betrieben.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir freuen uns auch über die zahlreichen Politikerinnen und Politiker, die an unserem Kongress teilnehmen. Heute, bei der Diskussion mit den Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien am Dienstag oder bei den Parteienabenden.

Ich begrüße die Bundesministerinnen und -minister,

zahlreiche Bundestagsabgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien,

die Repräsentanten der Arbeitnehmerorganisationen in den Parteien,

Vertreter der Bundesländer,

der obersten Gerichte,

von Sozialverbänden,

die vielen Betriebsräte und Jugendvertreterinnen unter uns,

die Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirchen, der jüdischen Gemeinden in Deutschland und des Zentralrats der Muslime,

die vielen Non-Profit-Organisationen,

die Opferverbände,

die Überlebenden der Konzentrationslager,

die Repräsentanten der Sinti und Roma,

die Vertreter der gewerkschaftlichen Einrichtungen,

des Internationalen Gewerkschaftsbundes,

des Europäischen Gewerkschaftsbundes und der Branchen-Internationalen,

der Stiftungen,

Medien,

aber auch Vertreter zahlreicher Botschaften in Deutschland.

Bitte haben Sie Verständnis, dass ich sie nicht namentlich begrüße. Seien Sie sicher: Ihr Besuch ehrt uns und wir sind dankbar für die Gespräche, die wir heute oder in den nächsten Tagen miteinander führen werden.

Als Vertreter meiner Heimatstadt, als Regierenden Bürgermeister der Stadt, in der der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen Sitz hat, begrüße ich Klaus Wowereit.

Lieber Klaus,

Du wirst in seinem Grußwort sicherlich nicht verleugnen, dass Du auch stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bist.

Berlin ist ja Land und Kommune zugleich und damit wie viele Städte in diesem Land Opfer einer falschen Steuer- und Finanzpolitik.

Sei gewiss, Du und die anderen Oberhäupter der Städte und Gemeinden haben die Gewerkschaften an ihrer Seite, wenn es darum geht, die Kommunen mit dem notwendigen Geld auszustatten, das sie brauchen, um ihren Bildungs-, Sozial-, Infrastruktur-, Investitions- und Sicherheitsaufgaben nachkommen zu können.

Wenn dieses Land eine Finanzreform braucht, dann ist es nicht eine Schenkung an die Besserverdienenden, sondern eine Stärkung der Gemeindefinanzen.

Dann ist auch eine Überprüfung der völlig unsinnigen Schuldenbremse im Grundgesetz fällig. Auch die größten Fehler einer großen Koalition kann man wieder gut machen.

Kolleginnen und Kollegen,

ganz besonders freuen wir uns darüber, dass weit über 200 Gäste aus aller Welt unseren Kongress besuchen.

Ihnen und uns allen rufe ich einen Satz in Erinnerung, den eine afrikanische Kollegin im vergangenen Jahr auf unserem Kapitalismus-Kongress sagte: „Diese Welt braucht keine Almosen. Sie braucht Arbeit.“

Ich füge hinzu: Sie braucht eine gerechtere Verteilung des Reichtums und sie braucht gute Arbeit.

Decent work, um einen Begriff der internationalen Arbeitsorganisation aufzugreifen.

Diesem Ziel werden wir nur dann näher kommen, wenn wir von internationaler Solidarität nicht nur reden, sondern die Globalisierung tatsächlich gemeinsam sozial gestalten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
verehrte Gäste,

wir haben das Rahmenprogramm für diese Eröffnung bewusst ausschließlich unter das Motto „Mut gegen Rechts“ gestellt.

Kulturelle Beispiele aus unserer Anti-Faschismus-Arbeit wie auch die Ausstellung hier im Saal legen Zeugnis ab von unserem gewerkschaftlichen Engagement gegen Rechts - überall in dieser Republik.

Uns ist es ernst mit der Verteidigung von Menschenwürde, Demokratie und Freiheit.

Wir sagen: Wir wollen nie wieder, dass die braune Pest ihren Ungeist über dieses Land, ja, über Europa legen kann.

Und dass die braune Gefahr allgegenwärtig ist, haben unsere Sorgen am 1. Mai gezeigt, hat der brutale Überfall von Nazis auf die DGB-Demonstration am 1. Mai vor einem Jahr in Dortmund gezeigt.

Und ich denke immer noch an den Kollegen, dessen DGB-Bus nach der Anti-Nazi- und Anti-Kriegs-Demonstration in Dresden 2009 an einer Raststätte in Thüringen Halt gemacht hatte und der dort von rechten Schlägern so verprügelt wurde, dass er einen Schädelbruch erlitt.

Und nicht zuletzt die Wahlergebnisse in Ungarn oder die Wahlkampfaktivitäten der Rechtsradikalen in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt:

Menschenverachtung, Verfolgung von Minderheiten, Antisemitismus, sind kein Problem von gestern.

Der Kampf gegen rechts ist und bleibt eine ständige Herausforderungen für uns alle.

Er ist kein Ritual.

Er ist tägliches Bekenntnis und tägliche Notwendigkeit, denn wenn die Demokratinnen und Demokraten schwach oder müde werden, werden die Neonazis stärker und hellwach.

Im Übrigen: So wichtig es ist, dass wir Zivilcourage zeigen, so wichtig ist auch, dass unser Staat Courage zeigt.

Das erwarten wir von den Gerichten. Sie dürfen nicht mit falsch verstandener Liberalität dem Treiben der Rechten Vorschub leisten.

Und das erwarten wir von unseren Verfassungsorganen, die endlich ein zweites Verbotsverfahren gegen die NPD einleiten müssen.

Das Verbot der NPD und aller neofaschistischer Organisationen ist überfällig!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Delegierte,

es ist eine gute Tradition, dass wir diejenigen zu unseren Kongressen einladen, die in früheren Zeiten Verantwortung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung getragen haben.

Ich freue mich, dass Ihr so zahlreich unserer Einladung gefolgt seid. Ich hoffe, Ihr fühlt Euch wohl bei uns - und dass Ihr noch lange Zeit unsere Arbeit begleiten und uns Rat geben könnt.

Stellvertretend für Euch alle begrüße ich die früheren DGB-Vorsitzenden Ernst Breit und Dieter Schulte,

die früheren stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer und Ulf Fink sowie

die früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Herrmann Rappe, Monika Wulf-Matthies, Detlef Hensche, Roland Issen, Bruno Köbele und Lothar Krauß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
hiermit ist der 19. Ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unser Parlament der Arbeit, eröffnet.

Frau Bundeskanzlerin, nun haben Sie das Wort.